

## Einstellung der Parteien zum Ausbau direkter Demokratie

### SPÖ (Sozialdemokratische Partei Österreichs)

Die SPÖ nimmt eine eher skeptische Haltung gegenüber direktdemokratischer Beteiligung ein und hat sich bislang auf keine feste Position geeinigt. Laut Bundeskanzler Faymann sollen Volksabstimmungen erst ab 700.000 Unterschriften möglich sein. Faymann warnt davor, dass der Einsatz von Volksabstimmungen nicht die politische Handlungsfähigkeit zerstören darf. So könne nicht jedes Mal eine Volksabstimmung durchgeführt werden, wenn der Euro-Rettungs-schirm eingesetzt werden soll. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer hat sich öffentlich für eine dreistufige Volksgesetzgebung ausgesprochen, die eine Zusammenarbeit zwischen Initiatoren und Parlament fördert. Prammer setzt sich zudem für eine Stärkung des Parlaments ein. Im Rahmen des von der Regierung im Dezember 2012 vorgeschlagenen Demokratiepakets betonte Josef Cap, der Klubobmann der SPÖ, besonders die Stärkung der Persönlichkeitselemente in der Nationalratswahlordnung und bezeichnete das Paket als wichtigen Beitrag zum Ausbau der Demokratie in Österreich.

**Quellen:** [Der Standard, 03.07.2012](#). Zu Prammer: [Die Presse, 14.05.2012](#), [www.parlament.gv.at](#).  
Zu Cap: [APA OTS, 19.12.2012](#)

### ZITAT Barbara Prammer (Quelle: [im ZENTRUM, am 03.06.2012 im ORF 2](#)):

*„Mehr Demokratie gibt es nur im Miteinander. Bevölkerung und Parlament sind kein Widerspruch.“*

### ÖVP (Österreichische Volkspartei)

Die ÖVP fordert in einem umfangreichen Demokratiepaket eine Aufwertung der direkten Demokratie. Dies beinhaltet auch verpflichtende Volksabstimmungen bei Volksbegehren, die von zehn Prozent der stimmberechtigten BürgerInnen unterzeichnet worden sind (650.000). Themen wie Grund- und Menschenrechte, EU-Primärrecht oder völkerrechtliche Verpflichtungen sollen jedoch von Volksabstimmungen ausgeschlossen sein, dem stimmen auch die SPÖ und die Grünen zu. Weitere Forderungen des ÖVP-Demokratiepakets sind u.a. die Möglichkeit von „Bürgeranfragen“, ein stärker personalisiertes Wahlrecht, die Einführung von Online-Sammelsystemen bei Volksbegehren sowie die Einrichtung eines Pflichtfachs „Politische Bildung und Staatskunde“. Die Themen „Bürgeranfragen“, Wahlrecht und Online-Sammelsysteme werden im mit der SPÖ im Dezember 2012 veröffentlichten Demokratiepaket aufgegriffen.

**Quelle:** [www.oevp.at](#)

### ZITAT Sebastian Kurz (Quelle: [im ZENTRUM, am 03.06.2012 im ORF 2](#))

*„Wir brauchen Eigenverantwortung durch die Bürger statt Bevormundung durch den Staat“*

## **FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs)**

Die Freiheitliche Partei Österreichs fordert am längsten von allen Parteien eine Ausweitung der direkten Demokratie. Verpflichtende Volksabstimmungen sollen bereits bei Volksbegehren mit 250.000 Unterschriften eingeleitet werden können. Laut FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache müsse direkte Demokratie als verbindliches Initiativrecht des Volkes wie in der Schweiz in der österreichischen Bundesverfassung verankert sein. Strache verlangt Volksabstimmungen auch bei EU-Fragen, insbesondere bei der Ratifizierung des EU-Fiskalpakts sowie des Euro-Rettungsschirms.

**Quellen:** [www.fpoe.at](http://www.fpoe.at), [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

### **ZITAT aus dem FPÖ Parteiprogramm (Quelle: [Parteiprogramm der FPÖ](#))**

*„Wir treten für ein Europa ein, das echte Demokratie ermöglicht und den mündigen, freien Bürger respektiert. Grundlegende Änderungen der Bundesverfassung durch Staatsverträge, wie beispielsweise im Europarecht, bedürfen einer verbindlichen Volksabstimmung.“*

## **Grüne**

Das Modell der Grünen setzt sich für verpflichtende Volksabstimmungen bereits ab 250.000 Unterschriften ein, dies allerdings im Rahmen eines 3-Stufenplans in Sinne einer dreistufigen Volksgesetzgebung.

**Quellen:** <http://www.gruene.at/schwerpunkte/direkte-demokratie>, <http://www.gruene.at/themen/demokratie-verfassung/mehr-direkte-demokratie>; [www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at)

### **ZITAT Daniela Musiol: (Quelle: [www.gruene.at](http://www.gruene.at))**

*„Die Instrumente direkter Demokratie in Österreich sind zu schwach. (...) Wir Grünen haben ein Modell für eine praktikable und gerechte Volksgesetzgebung vorgelegt. Diese kann mutige Entscheidungen des Parlaments nicht ersetzen, aber positiv ergänzen und die Legitimität von Politik erhöhen.“*

## **BZÖ (Bündnis Zukunft Österreich)**

Nach dem BZÖ sollen Volksbegehren, die 400.000 Unterschriften erhalten haben, automatisch eine Volksabstimmung einleiten. Das BZÖ fordert zudem die Einführung von „Internet-Volksbegehren“, die das direktdemokratische Verfahren erleichtern sollen.

**Quelle:** [www.bzoe.at](http://www.bzoe.at)

### **ZITAT aus dem BZÖ-Konzept zu Staats- und Parlamentsreform**

(Quelle: [Konzept des BZÖ zu Staats- und Parlamentsreform](#))

*„Das Recht geht vom Volk aus. Die direkte Demokratie ist daher vor allem dort zu stärken, wo Bundesverfassung und Lebensinteressen (EU, Gentechnik etc.) berührt werden, und dort, wo der Bürger unmittelbar auch die Verantwortung für seine Partizipation trägt (Anlagenverfahren, Verkehrswege, Investitionsentscheidungen etc.).“*

## **Team Stronach**

Laut Robert Lugar, dem stellvertretenden Obmann des Team Stronach, soll eine Vorreihung durch Vorzugsstimmen bereits unter 5 Prozent möglich sein. Außerdem fordert das Team Stronach Vorwahlen in den Wahlkreisen. Bezogen auf das Thema Volksbegehren spricht sich das Team Stronach für eine zwingende Volksabstimmung ab 300.000 Unterstützungserklärungen aus.

*Quelle* : [APA OTS, 19.12.2012, Parteiprogramm Team Stronach](#)

## **ZITAT aus dem Team Stronach-Parteiprogramm** (Quelle: [Parteiprogramm Team Stronach](#))

*„Wir brauchen – wie in der Wirtschaft – mehr Wettbewerb, damit die Besten in politische Funktionen gelangen.“*

*Stand: Dezember 2012*